

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit der Einbringung des aktuellen Doppelhaushalts am 3. Dezember 2019 hat sich die Welt grundlegend verändert. Die Corona-Pandemie hat nicht nur zu drastischen Einschnitten in unsere individuelle Freiheit geführt, sondern auch die weltweite Wirtschaft erheblich verändert. Noch vor kurzer Zeit waren Produktionsstopps aufgrund fehlender Bauteile undenkbar. Die Krise zeigt die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von den weltweiten Warenströmen gnadenlos auf.

Erfreulicherweise ist die deutsche Wirtschaft bislang deutlich robuster als befürchtet, was sich letztendlich auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Eine aktuelle Konjunkturumfrage der IHK Stuttgart sieht Zeichen für wachsenden Optimismus. Dennoch bestehen Risiken, die negative Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben können. Deshalb ist bei den Haushaltsberatungen Vorsicht geboten.

Die Corona-Pandemie ist noch nicht zu Ende, doch die Impfquote steigt und schützt die Menschen in unserem Land. Ärgerlich sind Impfverweigerer mit abstrusen Argumenten. Dies rechtfertigt Einschränkungen. Die Situation gibt Anlass zum vorsichtigen Optimismus, dass auf drastische Maßnahmen, wie einen weiteren Lockdown, verzichtet werden kann und wir Schritt für Schritt wieder in die Normalität zurückkehren können. Ich verbinde dies mit der Hoffnung, dass damit die arbeitsintensiven zusätzlichen Aufgaben zur Krisenbewältigung – wie Hygienekonzepte, Kontakt- und Rückreisemanagement – schrittweise abgebaut werden können, die mit großem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich bewältigt wurden. Aber: Vieles ist liegengelassen und wird die Stadtverwaltung noch lange beschäftigen.

In den Finanzzwischenberichten haben wir festgestellt, dass die finanzielle Lage solide ist. Trotz der Krisen und der Corona-Pandemie kann für die letzten Jahre eine positive Bilanz gezogen werden.



Gestatten Sie mir zunächst einen Blick zurück:

Mit dem Haushalt 2013 wurde das neue Haushaltsrecht in Plochingen eingeführt und die kommunale Doppik eingeführt. Dies bietet die Gelegenheit, einen ersten 10-Jahresvergleich zu ziehen:

Die Bilanzsumme im Jahr 2013 betrug rund 114,5 Mio. Euro, obwohl seinerzeit der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung noch nicht ausgegliedert war. Im Abschluss 2020 ist eine Bilanzsumme von 135,5 Mio. Euro im Kernhaushalt und 17,6 Mio. Euro beim Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung ausgewiesen. Ein Wertzuwachs von 38,6 Mio. Euro.

Die Verschuldung im Kernhaushalt betrug 2013 rund 11,9 Mio. Euro. Zu Beginn 2023 liegt die Verschuldung im Kernhaushalt bei 5 Mio. Euro und im EB Abwasserentsorgung bei 13,8 Mio. Euro, gesamt also bei 18,8 Mio. Euro. Die Verschuldung steigt somit um 6,9 Mio. Euro und ist damit deutlich niedriger als der Wertzuwachs 2013 – 2020.

Blicken wir auf weitere wichtige Kennzahlen:

Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals und der Sonderposten am Gesamtkapital, betrug 2013 84% und im Abschluss 2020 94%.

Die goldene Bilanzregel zeigt an, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital und Sonderposten finanziert ist. Diese betrug 2013 83% und im Abschluss 2020 93%.

Die Steuerquote zeigt an, inwieweit Plochingen die laufenden Ausgaben durch eigene Steuereinnahmen und zustehende Steueranteile bestreitet. Diese betrug 2013 55%, im Abschluss 2020 und voraussichtlich im Haushalt 2023 bei 59%.

Die Sachaufwandsquote hingegen lag 2013 bei 18%, im Abschluss 2020 bei 16% und im HH-Entwurf 2023 bei 19%.

Die wichtigsten Kennzahlen haben sich also positiv entwickelt.



Dies ist bemerkenswert, da in den vergangenen 10 Jahren wichtige Investitionsprojekte realisiert werden konnten, z.B. die Generalsanierungen der Burgschule und der Marquardtschule, der Neubau der Kinderhäuser Beethovenstraße und Johanniterpark und des Feuerwehrhauses oder die Generalsanierung des Rathauses. Die Wertschöpfungen aus diesen Investitionen spiegeln sich in der Bilanzsumme wider.

Lediglich die Personalaufwandsquote hat sich verschlechtert. Diese Quote verdeutlicht, welchen Anteil der Personalaufwand am Gesamtaufwand ausmacht. Diese betrug 2013 26%, 2020 31% und im HH-Entwurf 2023 33%. Dies ist im Wesentlichen auf den steigenden Personalaufwand durch den Ausbau der Kinderbetreuung zurückzuführen. 2013 arbeiteten 82 Beschäftigte (19,95% der Beschäftigten) in diesem Bereich, 2021 sind es 121 Beschäftigte (31,1% der Beschäftigten), wobei nicht alle Stellen besetzt sind. Außerdem wurden in den letzten Jahren durch Europa-, Bundes- und Landesrecht, höchstrichterliche Urteile und Beschlüsse des Gemeinderates der Stadtverwaltung zahlreiche zusätzliche Aufgaben zugewiesen, die nur zum Teil mit dem eigenen Personal aufgefangen werden konnten (z.B. § 2b UStG, Integration Geflüchtete und Anschlussunterbringung, Digitalisierung der Verwaltung und der Schulen, Verkehrssicherheit).

Der Blick auf den Koalitionsvertrag der Grün-Schwarzen-Landesregierung und die laufenden Koalitionsgespräche in Berlin lassen befürchten, dass diese Entwicklung anhält und der Personalbedarf der Stadtverwaltung weiter steigt.

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst – nicht nur in Plochingen – führt mittlerweile in allen Bereichen dazu, dass Stellen vakant sind. Dies bringt erhebliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sich. Der Stadtverwaltung fällt es aufgrund der schwierigen personellen Situation immer schwerer, kommunale Dienstleistungen in hoher Qualität zu erbringen und so die Erwartungen der Einwohner zu erfüllen. Hier weckt die Politik Erwartungen, die auf kommunalen Ebenen immer schwerer erfüllt werden können. Wichtig ist es, klare Prioritäten zu setzen und Begonnenes abzuschließen, bevor neue Projekte begonnen werden.



Mittelfristig kann die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen zu einer Entlastung führen und die Stadtverwaltung ist auf dem Weg zur Digitalisierung ein Stück vorangekommen. Allerdings sind wir von bundes- und landesweiten Verfahren abhängig, die langfristig noch in der Entwicklung sind. Bereits erzielte Effizienzsteigerungen wurden in den letzten Jahren für die Erledigung der zusätzlichen Aufgaben eingesetzt. Das heißt, freigewordene Personalkapazitäten mussten sofort wieder für hinzugekommene Aufgaben eingesetzt werden, so dass sich dies nicht entlastend auf die Personalkosten niederschlägt.

Die Digitalisierung der Stadtverwaltung muss dennoch konsequent vorangebracht werden. Dies ist jedoch kein Selbstläufer. Die Stadtverwaltung wird hierzu in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Wirtschaft einen ausführlichen Bericht geben. Der aktuelle Statusbericht hierzu weist darauf hin, dass höhere personelle Ressourcen und Sachmittel erforderlich sind. Auch dies wird die Verwaltung im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft thematisieren.

In der Haushaltsstrukturkommission wurde die schwierige Haushaltslage mehrfach intensiv erörtert. Der Beschluss des Gemeinderates zur Erhöhung der Grundsteuer stärkt die Einnahmenseite um ca. 135.000 Euro. Diese Einnahmen sind durch Beschlüsse des Gemeinderates weitgehend aufgebraucht. Die Verwaltung sagt ihrerseits zu, eine globale Minderausgabe zu erwirtschaften. Dies ist meiner Meinung nach ein kommunalpolitisch ausgewogenes Vorgehen. Zudem werden wir den Doppelhaushalt weiterhin auf Sicht fahren.

Auch im Doppelhaushalt 2022/2023 müssen wichtige Zukunftsaufgaben bewältigt werden:

### **Kinderbetreuung**

Die Stadt Plochingen hat in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert, um das wichtige politische Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewältigen. Dabei leistet sich insbesondere Baden-Württemberg die höchsten Standards bundesweit.



Regelmäßig weise ich dabei auf das weiter steigende Defizit in Höhe von ca. 6,83 Mio. Euro für 2022 bzw. 6,92 Mio. Euro für 2023 jährlich hin, das aus den allgemeinen Steuermitteln ausgeglichen werden muss. Mit 121 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Kinderbetreuung sind in diesem Dienstleistungsbereich die meisten Menschen beschäftigt. Der Fachkräftemangel in diesem Bereich hat mittlerweile besorgniserregende Ausmaße angenommen. In Plochingen konnten bislang Angebotsreduzierungen vermieden werden. Dies geht jedoch zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch das Infobüro Kinderbetreuung stößt mit seinen Ressourcen mittlerweile an Grenzen, da die Ansprüche der Eltern weiterwachsen und in Einzelfällen ein überaus großer Kommunikationsbedarf besteht.

Die Stadtverwaltung bereitet derzeit eine Fortschreibung der Bedarfsplanung vor. Vorbehaltlich der abschließenden Berechnungen weisen einige Indikatoren darauf hin, dass weitere Gruppen geschaffen werden müssen. Hierzu möchte die Stadtverwaltung in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses und danach im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft berichten.

### **Schulen**

Bildung ist ein entscheidendes Zukunftsthema. Plochingen als Schulstadt hat hier hervorragende Angebote und hat in den letzten 10 Jahren erheblich in diesen Bereich investiert.

Das beherrschende Thema der kommenden Jahre bleibt die Generalsanierung und Erweiterung des Gymnasiums. Die Stadtverwaltung hat in einer Einwohnerversammlung am 27. November 2019 und in zahlreichen Sitzungen den Gemeinderat und die Öffentlichkeit ausführlich informiert. Aktuell sind die Bauarbeiten an den Bauteilen A und F im Zeit- und Kostenplan. Beide Gebäude sollen nach den Sommerferien 2022 in Betrieb gehen, um danach mit der Generalsanierung des Hauptbaus zu beginnen. Bislang sind ca. 25 Mio. Euro beauftragt.



Nach Abschluss der Gesamtbaumaßnahme wird in Plochingen ein modernes Schulgebäude stehen, das zum Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler beiträgt sowie gleichzeitig hohen energetischen und inklusiven Ansprüchen Rechnung trägt.

Dieses Projekt ist jedoch eine Hypothek für den städtischen Haushalt, denn die aufgerufenen 48,2 Millionen Euro nehmen der Stadt die finanziellen Handlungsspielräume für andere, wichtige Aufgaben. Ärgerlich ist, dass der Zusage der früheren Kultusministerin Dr. Eisenmann, das Gymnasium in Plochingen „bis an die Grenzen des Vertretbaren“ zu unterstützen, keine Taten gefolgt sind. Die bislang vorliegenden Förderbescheide bleiben hinter den Erwartungen der Stadtverwaltung zurück. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Kultusministerium eine Sondersituation in Plochingen verneint. Die Stadtverwaltung wird hier weiter mit Nachdruck versuchen, zusätzliche Mittel einzuwerben.

Mit den Nachbarkommunen sind wir im Gespräch.

Die Medienentwicklungspläne stehen kurz vor ihrer Fertigstellung. Ungedeckte Schecks sind die Fördermittel zur Digitalisierung der Schulen, die wir dankend angenommen haben. Die Beschaffungsprojekte mussten von der Stadtverwaltung zusätzlich zu den vorhandenen Aufgaben bewältigt werden und verschoben die Prioritäten zu Lasten der Medienentwicklungspläne. Wichtig war die Einstellung eines EDV-Fachmanns für die Schulen, da diese komplexe Aufgabe nicht mehr von Lehrern nebenher miterledigt werden können. Diese Daueraufgabe muss jedoch dauerhaft finanziert werden. Hochrechnungen der Stadtverwaltung weisen auf einen hohen jährlichen Finanzierungsbedarf hin. Deshalb müssen die Bundes- und Landesförderungen verstetigt werden.

Bund und Länder haben sich über den Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung an Grundschulen geeinigt. Perspektivisch führt es dazu, dass dieses Thema auch an der Panoramaschule angestoßen werden muss. Im Haushalt steht hierfür eine Planungsrate in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung. Allerdings haben wir von der Panoramaschule bislang keine Signale, wie sie dieses Thema angehen möchte.



## Klimaschutz

Der Erhalt unserer Schöpfung ist eine große Herausforderung für die Menschheit. Klima- und Umweltschutz beschäftigen diesen Gemeinderat seit Jahrzehnten und in vielen Bereichen sind wir gut aufgestellt. Der Klimasteckbrief dokumentiert dies. Auf diesen Erfolgen können wir uns jedoch nicht ausruhen. Weiter ist zielgerichtetes, konsequentes Handeln notwendig. Dabei sind die großen Linien wichtig, wie der Energieverbrauch der städtischen Immobilien und der Straßenbeleuchtung, die Erzeugung von regenerativer Energie und das ÖPNV-Angebot. Langatmige Diskussionen im klein-klein helfen nicht weiter, sondern vergeuden Kraft und Zeit.

Die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Plochingen, Altbach, Deizisau hat mich beauftragt, beim Verband die Stelle eines Klimaschutzmanagers einzurichten. Dies werden wir im Wirtschaftsplan verankern. Dies folgt den Beschlüssen des Gemeinderats vom 27. Juli 2021. Aufgabe der Verbandsverwaltung ist es nun, in Abstimmung mit der KEA eine Aufgabenbeschreibung zu entwickeln, um diese Stelle im Laufe des kommenden Jahres besetzen zu können.

Ich verspreche mir hiervon wichtige Impulse für eine fachliche Bearbeitung dieser wichtigen Thematik.

Der Klimasteckbrief weist auch das hohe Potential bei privaten Gebäuden und bei der persönlichen Mobilität auf. Es gilt, die Einwohner zu klimafreundlichem Handeln zu gewinnen, nicht durch Ge- oder Verbote, sondern durch Einsicht und Verantwortungsbewusstsein. Ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz ist deshalb die Öffentlichkeitsarbeit. Hier sehe ich auch die Verantwortung der Klimaschutzagentur des Landkreises.

## Mobilität und Verkehr

Ein wichtiges Arbeitsfeld für den Klimaschutz ist die Mobilität. Das Mobilitäts- und Verkehrskonzept MOVE 2035 schafft die Rahmenbedingungen für die künftige Verkehrsentwicklung und -steuerung. Ich rechne in den nächsten Monaten mit Meilensteinbeschlüssen, die wiederum Grundlage für die weiteren Planungsprozesse sind.



Insbesondere ist eine Entscheidung über die künftige Verkehrsführung in Ost-West-Richtung dringend notwendig, um den städtebaulichen Wettbewerb für den Bahnhofplatz vorzubereiten und somit den Weg zur Mobilitätsdrehscheibe „Bahnhof Plochingen“ zu ebnen. Hier müssen künftig der Schienenverkehr, der Busverkehr und die individuelle Anreise per Auto, Fahrrad oder zu Fuß optimal verknüpft werden. Die Verlagerung des Verkehrs ab Ortseingang Altbach bis zum Gasthaus Lamm an der Eisenbahnstraße gibt die Chance, zahlreiche Anlieger der Esslinger Straße zu entlasten und dort gleichzeitig Raum für den Ausbau des Radverkehrs freizumachen. Hier müssen die Planungen weiterentwickelt und abgeschlossen werden, damit dieses Projekt realisiert werden kann.

Auch für die Innenstadt brauchen wir einen Meilensteinbeschluss, um insbesondere im Umfeld des Unteren Schulzentrums die Verkehre neu zu ordnen bzw. Radfahrern und Fußgängern mehr Raum zu geben. Diese Entscheidung ist eine wichtige Grundlage zur Formulierung der Aufgabe für den städtebaulichen Wettbewerb „Burgplatz“, den ich angesichts der begrenzten administrativen und personellen Ressourcen der Stadtverwaltung jedoch erst ab 2024 sehe.

Neben der baulichen Veränderung des Verkehrsraums brauchen wir gute Angebote, um für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel Anreize zu schaffen. Wir haben mit der Stadtlinie 141 schon heute ein hervorragendes Angebot, das allenfalls punktuell ergänzt werden muss. Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt hat hierzu in seiner letzten Sitzung richtungsweisende Entscheidungen gefasst.

Ich warne jedoch vor Aktionismus. Angebote müssen von den Fahrgästen angenommen werden und dauerhaft seriös finanziert sein. Ich bezweifle, dass leere Busse an Randzeiten ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz sind. Es wird Geld verbrannt, das wir an anderer Stelle brauchen.

Ich sehe deshalb Plochingen nicht als Pilotkommune für die Nahverkehrsabgabe. Eine fundierte Antragstellung ist in der Kürze der Zeit nicht möglich, zumal es bislang noch nicht einmal eine politische Diskussion über die Zielsetzung gibt. Ich sehe derzeit auch nicht, wer in der Stadtverwaltung dieses Projekt betreuen soll und weise darauf hin, dass ich für einige Monate keinen Beigeordneten habe und zusätzlich zu meinen Aufgaben dann Ansprechpartner für die Stadtkämmerei bin.



Auch weitere Stellen in der Stadtverwaltung sind unbesetzt, was irgendwie aufgefangen werden muss. Bevor Neues begonnen wird, muss Begonnenes abgeschlossen werden.

Der Gemeinderat hat die Stadtverwaltung beauftragt, eine Konzeption für Neuregelungen beim Anwohnerparken zu entwickeln. Wir streben an, Ihnen Anfang 2022 Vorschläge zur Entscheidung vorzulegen. Nach der Grundsteuererhöhung wird dies viele Einwohner belasten. Ich glaube nicht, dass eine weitere finanzielle Belastung mit einer Nahverkehrsabgabe die erforderliche Akzeptanz finden wird. Deshalb unterstütze ich den Antrag der OGL nicht.

### **Städtebauliche Entwicklung**

Die Entwicklung des Mobilitäts- und Verkehrskonzeptes MOVE 2035 hat innerhalb der Stadtverwaltung umfassend Personalressourcen gebunden. Deshalb sind die Planungen für das Sanierungsgebiet „Filsgebiet-West“ ins Stocken geraten. Die Stadtverwaltung möchte diesen Prozess nun wieder zu einem Schwerpunkt zu machen.

Mittlerweile wurde der Prozess zur Auswahl der erforderlichen externen Planungskapazitäten gestartet. Im Haushalt sind weitere Planungsmittel für dieses wichtige Vorhaben zur Revitalisierung von Gewerbeflächen und zur Neuordnung des gesamten Gebietes etatisiert.

Dies wird überlagert durch die Diskussionen über den Radschnellweg. Die Stadtverwaltung hat mittlerweile die Trasse nördlich der Fils näher untersucht und gravierende Auswirkungen identifiziert. Doch letztendlich muss meiner Meinung nach die gesamte Trassenführung östlich des Neckars nochmals gründlich geprüft und diskutiert werden.

Fortsetzen müssen wir den eingeschlagenen Weg, jährlich einen Teil des Plochinger Straßennetzes zu sanieren. Egal, wie die Fahrzeuge künftig angetrieben werden, sie brauchen Straßen. Dies gilt auch für die Busse, die mit ihrem Gewicht erheblich zu Straßenschäden beitragen.



Im Planungszeitraum sind Planungsmittel für den Bahnhofsplatz und die Bahnhofsstraße, das Filsgebiet und den Mühlgärtenweg sowie für die allgemeinen Sanierungen vorgesehen. Unterlassene Sanierungen sind Schulden in Asphalt. Deshalb lehne ich Kürzungen bei den entsprechenden Etatpositionen ab.

Hinzu kommen Budgetmittel zum Ausbau des Radwegenetzes. Hier ist für 2022 und 2023 vor allem die Sanierung des Radweges in Richtung Reichenbach vorgesehen und jeweils 100.000 € etatisiert.

Das Großprojekt: „Sanierung von verlängerter Hafensbrücke und Otto-Konz-Brücke“ ist ebenfalls im Kostenplan. Derzeit sieht es sogar danach aus, dass die ursprünglich vorgesehene Bauzeit deutlich unterschritten werden kann. Nach Abschluss dieser Sanierungsmaßnahmen ist ein wichtiges Großprojekt abgeschlossen. Ein Erfolg der Kommunalpolitik.

Im vergangenen November hat der Gemeinderat den Masterplan Wohnungsbau 2035 mit 7 Vorhaben der Außenentwicklung und 12 Vorhaben der Innenentwicklung beschlossen. Davon wurden 2 Vorhaben der Außenentwicklung und 6 Vorhaben der Innenentwicklung der höchsten Priorität zugeordnet, mit dem Ziel, dass rund 370 Wohnungen bis 2025 bezugsfertig sein sollen. 6 von 8 Projekten (Ulmer Straße, Stumpenhof-Süd, 2. BA, Hirschgrill-Areal, Bruckenwasen-Ost, Hermannstraße 14-18 und Hochbehälter Moltkestraße) sind auf einem guten Weg.

Beim Alten-Berg-Weg laufen Gespräche mit den Grundstückseigentümern und für das Vorgehen bei Bühl Süd wird die Stadtverwaltung in den kommenden Monaten Vorschläge unterbreiten.

Die Stadtverwaltung beabsichtigt, im Herbst 2022 eine Fortschreibung des Masterplans auf den Weg zu bringen.



### Weitere Infrastrukturprojekte

Ein wichtiges Infrastrukturprojekt ist der weitere Ausbau der Breitbandversorgung in Plochingen. Nachdem die Telekom in der Innenstadt in weiten Teilen Glasfaser anbietet, steht der weitere Ausbau mit Glasfaser in den Gewerbegebieten um den Neckarhafen, an den Schulen und in den sogenannten „weißen Flecken“ an.

Für die Gewerbegebiete im Neckarhafen sowie für die Schulen liegen mittlerweile Zuschussbescheide des Bundes und des Landes in Höhe von (Bund 400.000 Euro + Land 320.000 Euro) vor, um ein Investitionsvolumen von 800.000 Euro umzusetzen. Die Arbeiten werden vom Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Esslingen ausgeschrieben und vergeben. Der 10%ige Finanzierungsanteil der Stadt Plochingen ist im Haushalt veranschlagt. Für die „weißen Flecken“ liegt ebenfalls eine Förderzusage von Bund und Land in Höhe von 90% vor. Hier laufen derzeit die fachlichen Abstimmungen.

Die Sanierung und Erweiterung des Gebäudes Pfostenbergweg 18 durch die Stadtwerke schafft zeitgemäße Arbeitsverhältnisse für die Mitarbeitenden, verbessert durch die energetische Sanierung die Gebäudesubstanz und schafft weiteren Wohnraum. Nach Abschluss dieser Baumaßnahme steht die Sanierung des Bauhofes auf der Agenda, der unter energetischen Gesichtspunkten unser größtes Problem ist.

Perspektivisch steht die Sanierung oder ein Ersatzneubau für die Schafhausäckerhalle an.

Die Stadtbücherei muss brandschutz- und sicherheitstechnisch modernisiert werden. Für beide Maßnahmen sind Planungsmittel im Jahr 2021 vorgesehen.



### Fazit

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren durch eine konsequente Schwerpunktsetzung und mutige Beschlüsse Vieles erreicht. Dies muss aus Sicht der Stadtverwaltung fortgesetzt werden. Auf die Investitionsschwerpunkte Gymnasium, Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof und Sanierungsgebiet Filsgebiet muss das Hauptaugenmerk gerichtet werden.

Die Stadtverwaltung sagt zu, durch die Finanzzwischenberichte den Gemeinderat weiterhin an der kommunalpolitischen Steuerung einzubinden. Angesichts der aufgezeigten Risiken muss der Haushalt weiterhin auf Sicht gefahren werden, um ggf. auf Verschlechterungen rasch reagieren zu können.